

Erfahrungen aus einer DVU-Mitgliedschaft „Mein Weg zur Mitte“

von Martin Hoeck

Die rechtsextreme Partei „Deutsche Volksunion“ (DVU) greift mit simplen Parolen Ressentiments in der Bevölkerung auf und zielt auf Protestwähler. Im Landtag von Brandenburg war die DVU von 1999 bis 2009 vertreten. Der Autor war von 2001 bis 2005 selbst Mitglied der DVU und beschreibt seinen politischen Weg in die rechtsextreme Partei hinein und wieder zurück „zur Mitte“.

Mein Weg zur Mitte und damit meine politische Selbstfindung begann im Jahr 2001, als ich sechzehn Jahre alt war, und dauerte sechs lange Jahre. Aus einer Protesthaltung gegenüber den anderen im Landtag vertretenen Parteien heraus wurde ich Mitglied der DVU. Bis 2003 hatte ich mich kaum in der DVU engagiert, von der einfachen Mitgliedschaft abgesehen. Schon aus logistischen Gründen war eine stärkere politische Betätigung sehr aufwendig, denn die DVU war in Brandenburg in der Fläche nur sporadisch vertreten. Für mich als nicht-motorisierten Jugendlichen war die Teilnahme an Treffen in irgendwelchen Dorfgaststätten nur schwer möglich.

Einblick in die Partei als Kandidat der DVU

Im Vorfeld der Kommunalwahlen im Oktober 2003 interessierte ich mich für eine Kandidatur. Vermutlich hätte ich mich hier bereits für die DVU aufstellen lassen, aber da die Partei nicht in der Fläche vertreten war, trat sie in meinem Landkreis gar nicht an. So konnte ich als Einzelkandidat erste politische Wahlkampf Erfahrungen sammeln. In den Kommunen in Brandenburg, in denen sie mit eigenen Kandidaten antrat, standen die üblichen Hetz- und Protestparolen im

Mittelpunkt des Wahlkampfes der DVU. Einen Bezug zur Kommunalpolitik konnte ich darin nicht erkennen.

Durch diese Kommunalwahlen habe ich gemerkt, dass mich Politik so sehr interessiert, dass ich mich gern weiter engagieren wollte. Und so besuchte ich von da an einige Parteiveranstaltungen – inzwischen hatte ich den Führerschein erworben.

2004 ließ ich mich von der DVU als Kandidat für die Landtagswahl aufstellen. Nun war das Erringen eines Landeslistenplatzes aber auch nichts besonderes in einer Partei wie der DVU. Die Partei war hoffnungslos überaltert und brauchte dringend Nachwuchs. Da bot es sich an, ein junges und in dieser Hinsicht durchaus naives Parteimitglied aufzustellen.

Gerade in dieser Phase meiner Kandidatur für den Landtag kam es aber auch schon zum Wendepunkt in meinem Verhältnis zur DVU: Ich bemerkte mehr und mehr die undemokratischen innerparteilichen Strukturen, die fehlende Basisdemokratie und den unverhohlenen Antisemitismus bei vielen Mitgliedern.

Selbst als offizieller Landtagskandidat der Partei war es mir untersagt, mit der Presse zu sprechen. Alle Presseanfragen sollten an den damaligen Bundespressesprecher weitergeleitet werden.

Autoritäre Führung statt innerparteilicher Demokratie

Während meiner vier Jahre Mitgliedschaft in der DVU stellte sich heraus, dass die Partei wirklich nur von ihrem damaligen Bundesvorsitzenden Dr. Gerhard Frey lebte. Er finanzierte die Partei und traf faktisch alle Entscheidungen allein. So duldet er beispielsweise keine Gegenkandidaturen zur Wahl eines Landesvorsitzenden und drohte

sogar damit, keine Mittel mehr bereitzustellen, wenn ein Gegenkandidat gewählt würde. Um die Aufstellung der Landeslisten zu Landtagswahlen kümmerte er sich persönlich. So waren sämtliche Parteitage, auch Landesparteitage, nur auf den Bundesvorsitzenden fixiert. Seine Worte galten als Gesetz. Außerdem hatten Dr. Frey und andere Funktionäre eine zwanghafte Angst vor Unterwanderung der Partei durch den Verfassungsschutz. Hinter jedem Mitglied vermuteten sie zunächst einen Geheimagenten.

Es gibt zahlreiche Beispiele, die die fehlende innerparteiliche Demokratie in der DVU belegen: So waren Kontakte zur NPD über Jahre hinweg verboten; einige DVU-Funktionäre wurden aus der Partei ausgeschlossen, weil sie gegen diesen Grundsatz verstießen. Und 2004 vollzog der Bundesvorsitzende Dr. Frey eine 180-Grad-Wende und schloss Wahlabsprachen mit der NPD; dieses Bündnis wurde „Deutschland-Pakt“ genannt. Die Parteibasis wurde in diese Entscheidung nicht einbezogen. Das Bündnis mit der NPD war ein weiterer Grund für mich, auszutreten. Denn mit der NPD wollte ich niemals etwas zu tun haben.

DVU konnte sich nicht in der Bevölkerung etablieren

Die Stärke rechter Parteien besteht darin, dass sie mit ihrer Polemik die Menschen blenden. Sie zeigen ihnen einfache Lösungen für komplizierte Probleme, obwohl sie wissen, dass es so einfach nicht funktionieren wird.

Thematisch springt die DVU auf alles an, was populär ist, auch wenn Reformen nicht immer leicht zu verkräften sein mögen. Im Herbst 2009 ging es um den dritten Einzug der DVU in den Brandenburger Landtag. Dabei entschied sich, ob sie weiter nur eine Protestpartei bleibt oder ob sie sich doch bereits in der Brandenburger Bevölkerung etabliert hat. Sie erhielt nur knapp mehr als ein Prozent der Stimmen und spielt somit auf der landespolitischen Bühne keine Rolle



Martin Hoeck
ist Stadtverordneter in
Eberswalde und dort
Vorsitzender im
Ausschuss für Bildung,
Jugend und Sport.

mehr. Sie ist und bleibt eine Protestpartei, die davon lebt, dass Wähler mit ihrer Lebenssituation unzufrieden sind.

Die verbliebenen Vertreter der DVU in den kommunalen Parlamenten sind häufig NPD-Mitglieder, die nur auf der Liste der DVU standen. Augenscheinlich ist inzwischen die NPD die mit Abstand gefährlichste rechte Kraft in Deutschland: Sie ist verfassungsfeindlich, sitzt in zwei Landesparlamenten und vielen kommunalen Vertretungen und sie hat gewaltbereite Mitglieder.

Um wirksam der Verbreitung rechtsextremer Anschauungen entgegenzutreten, sollten nicht in erster Linie einzelne Mitglieder von rechten Parteien diskreditiert werden, sondern es müssen vielmehr politische Alternativen und sinnvolle Lösungen für anstehende Probleme geboten werden. Besonders Jugendliche, die solchen Parteien den Rücken kehren, müssen unterstützt und nicht ausgegrenzt werden.

Nachdem ich gemerkt hatte, dass ich mit den Zielen und innerparteilichen Strukturen der DVU nicht übereinstimme, habe ich im Sommer 2005 die Konsequenz gezogen und bin aus der DVU ausgetreten. Weil ich mich aber weiter politisch engagieren wollte, interessierte ich mich zwischenzeitlich für die CDU und für unabhängige Bürgerbewegungen.

Insbesondere bei der CDU erlebte ich erhebliche Widerstände, denn immer wieder

holte mich die Vergangenheit ein, mit der ich eigentlich schon abgeschlossen hatte. Ich verlor ein Stipendium, einen Job und musste eine Hetzkampagne über mich ergehen lassen. Bei meinem Anliegen, mich gegen Linksextremisten zu engagieren, hoffte ich auf den Zuspruch von Mitgliedern der CDU.

Politisches Engagement in der Jugendarbeit

Ich habe gelernt, offen mit den Fehlentscheidungen in meiner Vergangenheit umzugehen. Immerhin habe ich dadurch auch einige außergewöhnliche Erfahrungen gemacht und dadurch an Lebenserfahrung gewonnen. Heute setze ich meine Erfahrungen auch mit dem Ziel ein, andere Jugendliche vor extrem-linken und extrem-rechten Parteien zu warnen und sie aufzuklären. Besonders wichtig war mir daher die Gründung des Kinder- und Jugendparlamentes in Eberswalde; ein Gremium, in dem sich Jugendliche politisch unabhängig engagieren und ausprobieren können. Ein solches Projekt hätte mir möglicherweise im Jahr 2001 die Möglichkeit geboten, selbst parteiunabhängig erste politische Erfahrungen zu sammeln.

Als Vorsitzender dieses Jugendgremiums habe ich in dieser Zeit erste Kontakte mit der FDP knüpfen können und mit dem frisch

gewählten liberalen Bürgermeister der Stadt Eberswalde zusammengearbeitet. Allein der offene Umgang der FDP mit meiner Person und meiner Vergangenheit sowie das Gewähren einer zweiten Chance zeigten mir, wie wichtig es ist, Politik aus der Mitte heraus zu gestalten. Ich habe nach wie vor Angst vor einem zu starken Linksruck in Deutschland. Auch für den Kampf gegen Linksextremismus fühle ich mich in der FDP sehr gut aufgehoben. Außerdem überzeugte mich an den Liberalen, dass ihre Politik, mehr als bei anderen Parteien, zu großen Teilen auf einer durchaus objektiven Logik beruht. Das ist nicht immer populär, führt aus meiner Sicht aber zur größtmöglichen Gerechtigkeit in der Gesellschaft. Und Politik wird natürlich auch immer von Personen gemacht: Ich danke dem damaligen FDP-Ortsvorsitzenden in Eberswalde, der meinen Weg zur Mitte aktiv begleitete und noch heute begleitet.

Inzwischen ist mir bewusst geworden, dass Freiheit und Verantwortung zwei unverzichtbare Güter in einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft sind. Daher bin ich am 15. Oktober 2007 Mitglied der Freien Demokratischen Partei geworden.

Die Mitgliedschaft in der DVU war wohl der größte Fehler meines Lebens, lässt sich aber nicht ungeschehen machen. Heute nutze ich meine Erfahrungen, um andere Jugendliche vor solchen Fehlern zu bewahren. ■

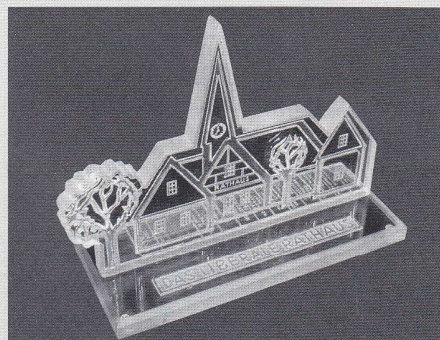
der aushang

„Das liberale Rathaus“

VLK schreibt Kommunalpolitikerpreis aus

Der Kommunalpolitikerpreis „das liberale Rathaus“ wird auch im Jahr 2010 für beispielhafte liberale Aktionen und Initiativen auf kommunaler Ebene vergeben.

Der Preis wird von der VLK, der FDP und der Zeitschrift „das rathaus“ gemeinsam verliehen. Vorschläge können von allen FDP-Ratsfraktionen, Orts- und Kreisverbänden der FDP, den Landesvorständen der VLK und von den Jungen Liberalen (JuLis) eingereicht werden. Die Vorschläge sind schriftlich zu begründen. In der Begründung sind Zielsetzung, Verfahren, Öffent-



lichkeitswirksamkeit und Ergebnis der durchgeführten Aktion bzw. Initiative darzustellen und ggf. zu dokumentieren.

Der Sieger des Wettbewerbs erhält zusammen mit dem Wanderpreis „das glä-

serne Rathaus“ 1250,- Euro als Zuschuss zur Verbandsarbeit. Für den zweiten und dritten Preis sind 500,- bzw. 250,- Euro als Zuschuss zur Verbandsarbeit vorgesehen.

Im vergangenen Jahr erhielt der FDP-Ortsverband Hoher Fläming (Brandenburg) den Preis „das liberale Rathaus“ für seine Privatinitiative „Ein Kinderspielplatz für Niemeck“.

Der Preis wird in diesem Jahr während der Bundesdelegiertenversammlung der VLK am 17./18. September 2010 in Essen verliehen. Einsendeschluss für die Bewerbungsunterlagen: 1. August 2010.

Bewerbungen: VLK-Bundesgeschäftsstelle, Postfach 04 03 49, 10062 Berlin.